

## **Die Sicherheit Israels und die deutsche Staatsraison**

Die militärischen Auseinandersetzungen zwischen dem Iran und Israel **zeugen nicht von Verantwortungsbewusstsein auf beiden Seiten**. Israel sandte weltweit die Botschaft, dass Terror-Organisationen wie Hamas nirgendwo vor Gegenmaßnahmen sicher seien. Die Zerstörung des iranischen Konsulats in Damaskus durch Israel und die Tötung von zwei Generalen diente aus israelischer Sicht der Landesverteidigung und erschien daher gerechtfertigt - eine völkerrechtlich eher zweifelhafte Annahme. Diese Aktion war **gleichzeitig eine bewusste Provokation des Irans** in einer Zeit, in der Israels Ansehen wegen des unverhältnismäßigen Vorgehens im Gazastreifen gelitten hatte und der internationale Druck zunahm.

Ein **Gegenangriff des Irans war im israelischen Kriegskabinettt nicht nur erwartet worden, sondern sogar erwünscht**. Durch das iranische Vorgehen ist **Israel wieder in die Opferrolle geschlüpft**. Die Reihen der Unterstützer haben sich geschlossen und **die Kritik hat nachgelassen**. Trotz aller Spannungen mit den USA steht die Regierung Biden wieder fest auf Seiten Israels. Präsident Biden hat aber Rote Linien markiert, und Netanjahu vor einer weiteren Eskalation gewarnt.

**Deutschland und andere Europäer überbieten sich mit Solidaritätserklärungen zu Israel**. Der von Frau Merkel geprägte Begriff, die Sicherheit **Israels sei Teil der deutschen Staatsräson, ist interpretationsbedürftig**. Bei vielen unserer Politiker wird diese Aussage häufig verkürzt auf die Feststellung, Israel sei Teil deutscher Staatsräson. Der Begriff „Sicherheit“ schließt ein, dass sich das Land nicht selbst durch gefährliche

Militäraktionen Risiken aussetzt. Der Angriff auf ein iranisches Konsulat und das Vorgehen gegen die palästinensische Bevölkerung im Gazastreifen sind sicher ein Grenzfall.

Dass Deutschland eine besondere Verantwortung für Israel hat, ist unbestreitbar und bei der Mehrheit der Deutschen unbestritten. Das **politische Eigeninteresse von Netanjahu an einem langen Krieg** im Gazastreifen ist bekannt, ebenso seine **Hoffnung auf einen Wahlsieg von Trump**. Er fürchtet zurecht, dass er wegen aus der Vergangenheit stammender Anklagen wieder vor Gericht kommt und für das Versagen der israelischen Abwehr am 7. Oktober 2023 verantwortlich gemacht wird. Israel ist mit amerikanischer Hilfe militärisch gut gerüstet, muss aber auf den mäßigenden Druck der Biden-Administration Rücksicht nehmen. Dennoch **kann die derzeitige israelische Regierung nicht nur die langfristige Sicherheit Israels, sondern auch unsere und europäische Sicherheitsinteressen gefährden.**

**Iran gehört zurzeit zu den eigentlichen Verlierern.** Zwar wurde der **erstmalige direkte Angriff auf israelisches Gebiet** zu einem triumphalen **innenpolitischen Erfolg für das Regime in Teheran**. Inzwischen sehen jedoch immer mehr **Staaten in der Region Iran als größere Gefahr für ihre Sicherheit als Israel**. Saudi-Arabien und Jordanien haben Israel bei der Abwehr des iranischen Angriffs geholfen. Experten sind der Meinung, dass in Teheran der iranische Angriff in seinen Folgen sehr genau kalkuliert war. Man kannte dort die Reichweite der eigenen Waffensysteme und ihre Wirkung und wusste, **dass man keine schweren Schäden anrichten würde. Das war ein Balanceakt.** Die Tatsache, dass man trotz der Entfernung Israel

erreichen konnte, war eine Warnung an die arabische Welt und ein Signal an Washington.

**Die USA und Europa fordern von Israel, von weiteren Militärschlägen abzusehen, um einen Flächenbrand in der Region zu verhindern. Aber Netanjahu und sein Kriegskabinett sind unberechenbar.** Sie haben schon in der Vergangenheit Warnungen in den Wind geschlagen und die Spannungen mit den amerikanischen Verbündeten hingenommen. **Die Ratschläge der Europäer sind nicht willkommen. Netanjahu hat die deutsche Außenministerin und ihren britischen Kollegen bei deren letzten Besuch sinngemäß wissen lassen,** man nehme ihre Haltung zur Kenntnis, treffe aber die Entscheidungen grundsätzlich allein. So viel zu unserem Einfluss auf das politische Geschehen trotz der vielen Reisen von Frau Baerbock nach Israel.

**Noch weiß man nicht,** wie die Antwort von Israel an den Iran aussehen wird. Bleibt es bei den wenigen Explosionen im Iran in diesen Tagen, die kaum Schaden angerichtet haben **oder eskaliert der Konflikt weiter?** Bisher weigert sich sogar Iran zuzugeben, dass es überhaupt einen Luftangriff gegeben habe – möglicherweise ein **Versuch der Deeskalation aus Sorge vor einem Gegenschlag.**

**Sowohl in Israel wie im Iran gibt es die bekannten Kriegstreiber, die größere Ziele und eigene politische Interessen verfolgen.** Israel muss lernen mit seinen Nachbarn zu leben. Die Verbesserung der Beziehungen zu Saudi-Arabien und Jordanien bieten große Chancen. Aber das Eis ist noch sehr dünn. Das enge iranisch – russische Verhältnis ist ein Problem.

Das könnte die Iraner ermutigen weitere Eskalationsschritte zu unternehmen, so wie Israel davon ausgehen wird, dass Amerika am Ende immer an seiner Seite bleibt. Die USA haben schon bewiesen, wie sie im Notfall mit eigenen Roten Linien umgehen.

**Deutschland ist dabei, sein Ansehen im Nahen und Mittleren Osten und darüber hinaus zu verspielen.** Bei Gesprächspartnern aus der Region stößt man immer wieder auf Erstaunen und **Enttäuschung darüber, wie sehr wir Israel unterstützen.** Bei allem Verständnis für unsere Geschichte fordern sie die Zustimmung zu einem sofortigen Waffenstillstand, humanitäre Hilfe für die Palästinenser im Gazastreifen und eine langfristige Friedenslösung mit einem palästinensischen Staat.

Die **Demonstrationen für die Palästinenser** in deutschen Städten waren oft unerträglich und von Antisemitismus geprägt. Der **Abbruch des Palästina-Kongresses** am vergangenen Wochenende in Berlin stößt in manchen Ländern, die auf Grund ihrer Geschichte andere Vorstellungen von Versammlungs- und Redefreiheit haben, auf Unverständnis. Hätte man die Veranstaltung nicht auch anders unter Kontrolle halten können?

In Deutschland beschränken wir uns auf Appelle an Israel. Ebenso wie die USA haben wir unsere begrenzteren Waffenlieferungen noch nicht eingeschränkt. Über diese Doppelbödigkeit unserer Politik sollten wir uns Gedanken machen. Immerhin hat sich die EU den amerikanischen Sanktionen gegen Siedler im Westjordanland angeschlossen.

**Der Krieg im Gazastreifen geht weiter. Israel kommt seinen humanitären Verpflichtungen als Besatzungsmacht nicht nach.** Die Bilder, die wir täglich im Fernsehen sehen, sind

unerträglich. Trotz aller Zerstörungen hat Israel seine Ziele nicht durchgesetzt. Die Hamas existiert trotz aller Verluste weiter. Nur ein Teil der Geiseln konnte befreit werden. Der Gazastreifen ist vernichtet, tausende unschuldige Menschen, von der Hamas als Schutzschilde missbraucht, verloren bisher schon ihr Leben.

**Politische Perspektiven für eine Friedenslösung zeichnen sich nicht ab.** Über sechshunderttausend israelische Siedler leben inzwischen im **Westjordanland**. Unzählige Palästinenser **sind von ihrem Land mit Gewalt vertrieben worden.** Den Protest der USA und der Europäischen Union missachtend **werden immer wieder neue Siedlungen genehmigt.** Inzwischen wird der Vorschlag einer **Zwei-Staaten-Lösung** wieder häufiger diskutiert. Dieses 1947 von der UNO beschlossene Ziel, wohl der einzig mögliche erste Schritt zum Frieden im Nahen Osten, ist **gegenwärtig kaum vorstellbar.** **Dem stehen Israels Siedlungspolitik und der Fanatismus der Siedler entgegen.**

22. April 2024

### **Jürgen Chrobog**

Früherer deutscher Botschafter in Washington und  
Staatssekretär des Auswärtigen a.D.

Präsident des Europäischen Senates–Politik der  
Verbandsgruppe Wir Eigentümerunternehmer.